



Bundesrat Martin Pfister  
Eidgenössisches Departement für Verteidigung,  
Bevölkerungsschutz und Sport

Per Mail: [vernehmlassung@gs-vbs.admin.ch](mailto:vernehmlassung@gs-vbs.admin.ch)

Bern, 20. Mai 2026

## **Vernehmlassung zum Bundesbeschluss über die Finanzierung von Rüstungsausgaben der Armee durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zum Bundesbeschluss über die Finanzierung von Rüstungsausgaben der Armee durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer Stellung nehmen zu können. Der Schweizerische Städteverband vertritt die Städte, städtischen Gemeinden und Agglomerationen in der Schweiz und damit gut drei Viertel der Schweizer Bevölkerung. Die vorliegende Antwort ist eine Konsolidierung der Rückmeldungen unserer Mitglieder.

### **Allgemeine Einschätzung**

Der Städteverband anerkennt die Herausforderungen der aktuellen geopolitischen Lage, die sicherheitspolitischen Bedenken des Bundes und den Willen, die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz zu stärken. In der vorliegenden Form lehnen die Städte den Bundesbeschluss jedoch ab und fordern, dass der Bund alternative Finanzierungsmöglichkeiten innerhalb der bestehenden, dafür vorgesehenen Strukturen prüft und nutzt.

Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer betrifft alle privaten und öffentlichen Haushalte. Aufgrund ihrer regressiven Wirkung belastet sie Haushalte mit tieferen Einkommen überdurchschnittlich stark. Aus sozialpolitischer Sicht ist dies für die Städte nicht akzeptabel.

Der Bundesbeschluss würde nicht nur Privatpersonen, sondern auch die öffentliche Hand erheblich zusätzlich belasten. Für Beschaffungen und Investitionen rechnen die Städte über Zeit mit kumulierten Mehrkosten in Milliarden. Angesichts der angespannten Finanzlage vieler Städte sowie der anstehenden Herausforderungen ist eine solche Mehrbelastung nicht tragbar. Zwar erhöht die Vorlage die Einnahmen auf Bundesebene, sie führt jedoch auf städtischer Ebene zu erheblichen Folgekosten. Dies, obwohl die Verantwortung für die Landesverteidigung ausschliesslich beim Bund liegt. Aus föderalistischer Sicht ist die Finanzierung über die Mehrwertsteuer daher nicht angemessen.



Zudem weisen die Städte darauf hin, dass die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen auf die Kaufkraft sowie die damit verbundene mögliche Konsumreduktion und Schwächung der Wirtschaft und des lokalen Gewerbes in der Vorlage unzureichend berücksichtigt wurden. Als wirtschaftliche Zentren der Schweiz sind die Städte auf eine starke Wirtschaft und leistungsfähige KMU angewiesen. Sie befürchten, dass eine Abschwächung des BIP zusätzliche Steuerausfälle nach sich ziehen und die finanzielle Situation weiter verschärfen könnte.

### Fazit

Der Städteverband lehnt die vorgeschlagene Mehrwertsteuererhöhung zur Finanzierung der Rüstungsausgaben der Armee als nicht sachgerechten, sowie föderalistisch und sozialpolitisch ungerechten Finanzierungsweg ab. Er appelliert an den Bund, langfristige Bundesausgaben über bestehende Instrumente und etablierte Mechanismen zu finanzieren.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

### Schweizerischer Städteverband

Präsident

Hanspeter Hilfiker  
Stadtpräsident Aarau

Direktorin

Monika Litscher